# SVP schürt Emotionen – und verliert

**Minarettverbot** Grosse Mehrheit des Parlaments weist Thomas Fuchs in die Schranken

**Der Bau von Minaretten bleibt im Kanton Bern erlaubt: Der SVP-Forderung für ein Bauverbot hat der Grosse Rat wie erwartet eine klare Absage erteilt. Alle Parteien ausser SVP und EDU lehnten ein Verbot ab.**

ANDREAS WEIDMANN, SDA

Das Verbot wollte der Stadtberner SVP-Grossrat Thomas Fuchs mit einer Änderung des kantonalen Baugesetzes erreichen. Minarette gälten als Symbol der Eroberung und verkörperten den Anspruch, die einzig wahre Religion zu sein, begründet er die Forderung. Bereits im Vorfeld hatte die Regierung dem Anliegen eine Absage erteilt. Es verletze die Glaubens- und Kultusfreiheit, die den Staat zu religiöser Neutralität verpflichte. Auch die Rechtsgleichheit werde verletzt.

### «Siegeszeichen» der Muslime

Die Ausübung des Glaubens werde nicht tangiert, immerhin gebe es schweizweit mehr als 200 Moscheen, diese würden nicht verboten, konterte Fuchs im Rat. Es gehe darum, die Ausbreitung eines «Siegeszeichens» zu verbieten, das den religiösen Frieden in der Schweiz gefährde. Werde kein Riegel geschoben, werde bald auch der Ruf des Muezzin erschallen. Diesen Anspruch hätten die Muslime in Deutschland mit Verweis auf die Grundrechte bereits durchgesetzt.

### «Motivation für Extremisten»

SVP-Sprecher Hans-Ulrich Gränicher, Bern, forderte ein Zeichen gegen falsch verstandene Toleranz: «Wir wollen in einer christlich-abendländischen Gesellschaft leben.» Selbst liberale Muslime seien gegen den Bau von Minaretten.

Ohne Verbot drohten im Kanton Bern Kontroversen wie in Köln, wo heute um den Bau eines 50 Meter hohen Minaretts gestritten werde, sagte EDU-Sprecher Alfred Schneiter (Thierachern). Dass Minarette Macht und Eroberung manifestierten, könne «nicht wegdiskutiert werden». Sie motivierten damit auch den islamischen Extremismus. Die Grundrechte seien auf Grundlage der christlich- abendländischen Kultur gewachsen «und diese Kultur wollen wir nicht verleugnen».

### «Harmlose Mitglieder»

Ein Verbot stelle eines der wichtigsten Schweizer Grundrechte in Frage, sagte SP-Sprecherin Nadine Masshardt (Langenthal). Es schüre Angst, missachte die humanistische, aufgeklärte und freiheitliche Tradition der Schweiz und gefährde das friedliche Zusammenleben. Von den über 300 000 Schweizer Muslimen seien die meisten «harmlose Mitglieder ihrer Glaubensgemeinschaft». Um Fundamentalismus zu bekämpfen, dürfe nicht eine Religionsgemeinschaft ihrer Rechte beraubt werden.

**KONTRAHENTEN** Thomas Fuchs (SVP) wollte Minarette verbieten, Nadine Masshardt (SP) wehrte sich erfolgreich dagegen. MT

Das Verbot trete das Recht mit Füssen und sei damit «höchst unpatriotisch», befand Anna Coninx (Grüne/Bern). Es führe zu einer Desintegration oder gar einer Radikalisierung der Muslime. Auch Christian Vaquin (CVP/Moutier) mahnte, ein Verbot gefährde die nationale Sicherheit. Möglicherweise seien gar wirtschaftliche Sanktionen zu erwarten.

### FDP: «Problem besteht»

Die Freisinnigen wollten «das Problem der Islamisierung nicht unter den Tisch wischen», sagte Hubert Klopfenstein (Biel). Ein Verbot bringe aber nichts, und widerspreche dem «urfreisinnigen Anliegen», gegen eine Verbotsgesellschaft anzukämpfen. Die öffentliche Sicherheit sei durch Minarette nicht gefährdet. Klopfenstein wies auch darauf hin, dass die Gemeinden über die Zonenpläne «zum Beispiel die Gebäudehöhe» steuern könnten.

Auch EVP-Sprecher Markus Grossen (Reichenbach) wies auf den Handlungsspielraum der Gemeinden hin. Ein generelles Verbot lehne die EVP wegen der Religionsfreiheit ab. Die Muslime müssten auf die Schweizer Grundwerte verpflichtet und integriert werden. Tendenzen zu einer islamistischen Unterwanderung in Europa seien unverkennbar, es drohe die Installation der Scharia «mit Steinigung bei Ehebruch und Handabschlagen bei Diebstahl» sagte dagegen Marc Jost (EVP/Thun). Trotzdem enthalte er sich der Stimme, weil ein Verbot diese Tendenz nicht verhindere und das Augenmerk der Islamisten auf die Schweiz lenke.

### «Krankes Islam-Bild»

Die engagierte Diskussion verlief teilweise emotional. Henri Huber (SP/Köniz) befand, das Islam-Bild der SVP sei «krank», Vorstösser Fuchs sprach von einem «rot-grünen Brett vor dem Kopf».

«Wir haben einen Rechtsstaat, eine Verfassung und Menschenrechte», sagte Baudirektorin Barbara Egger (SP). «Anders als Exekutivpolitiker auf anderer Ebene» respektiere die Kantonsregierung dieses System.

Der Rat lehnte ein Verbot mit 89 gegen 42 Stimmen ab.

## Auch in anderen Kantonen chancenlos

Auch in anderen Kantonen hat die SVP ein Minarettverbot durchzusetzen versucht – bisher erfolglos. Der Solothurner Kantonsrat hatte im Juni 2006 einen SVP-Vorstoss für ein Bauverbot abgelehnt, der Berner Stadtrat verwarf vor wenigen Wochen einen entsprechenden EDU-Vorstoss. Der St. Galler Kantonsrat sprach sich 2006 gegen obligatorische Volksabstimmungen zur Bewilligung von Minarettbauten aus. Der Zürcher Kantonsrat entschied vor einem Jahr, ein Bauverbot für Minarette zumindest zu prüfen. Im vergangenen Frühling schickte es der Zürcher Kantonsrat klar bachab. Offen ist noch ein Vorstoss im Tessin. Das Minarettverbot fordern in einer gemeinsamen Motion drei Grossräte von Lega, FDP und CVP. Auf eidgenössischer Ebene hatten Vertreter von SVP und EDU Anfang Mai eine Volksinitiative zum Verbot von Minaretten lanciert. Mit der Initiative soll dem «politisch-religiösen Machtanspruch» des Islam entgegengetreten werden. Die Unterschriftensammlung läuft bis am 1. November 2008. (SDA, UZ)

# Kein Gehör für tiefere Preise

**Notariat** Gebühren bleiben unangetastet

Die Mindestgebühren für Notariatsgeschäfte im Kanton Bern werden nicht abgeschafft. SVP und FDP verhinderten gestern im Grossen Rat die Umsetzung dieses SP-Anliegens.

Aufs Tapet gebracht hatte es der Thuner SP-Grossrat Patric Bhend. Die heutigen Gebühren, besonders bei der Verschreibung von Bauland und Liegenschaften, seien in den Augen vieler Bürger überrissen. Deshalb forderte er tiefere Gebühren. Erreicht werden könne dieses Ziel über die Einführung des Amtsnotariats nach dem Vorbild des Kantons Zürich oder aber durch den freien Wettbewerb, also die Aufhebung der heutigen Mindesttarife.

Erst im November 2005 hatte das Kantonsparlament bei der Revision des Notariatsgesetzes über tiefere Gebühren diskutiert. Damals lehnte es die Einführung eines Amtsnotariates ab, gleich wie eine Abschaffung der Mindesttarife.

Der Regierungsrat erteilte Bhends Anliegen eine Absage – mit der einzigen Begründung, dass der Grosse Rat erst vor zwei Jahren das heutige System beschlossen habe. SVP und FDP wehrten sich wie schon 2005 gegen das Ansinnen. Die Bürgerlichen seien nur an Liberalisierung interessiert, wenn es ihrer gutbetuchten Klientel nicht schade, kritisierte Bhend.

Der Vorstoss wurde gegen den Willen von SP, Grünen und eines Teils der EVP mit 66 gegen 40 Stimmen verworfen. (SDA)

**Nachrichten**

## Pfand auf Batterien?

Der Kanton Bern lanciert eine Standesinitiative zur umweltfreundlichen Entsorgung von Altbatterien, zum Beispiel durch die Einführung eines Pfandes. Der Rat überwies den FDP-Vorstoss mit zwei Gegenstimmen. Der Bund soll ersucht werden, den hohen Anteil der illegalen und umweltschädigenden Entsorgung von Altbatterien im Hauskehricht mit geeigneten Massnahmen zu verringern. Anzuwenden sei dabei das Verursacherprinzip, etwa mit Anreizen über ein Pfand, wie es bei Glasflaschen bereits funktioniert. (SDA)

### Prêles **Auf Rollschuhen Bank überfallen**

Ein Unbekannter wollte gestern Vormittag die Raiffeisenkasse in Prêles überfallen. Der Täter hatte sein Gesicht mit einem Papiertaschentuch verdeckt; der Bankangestellte habe ihn aufgefordert, das Taschentuch zu entfernen. Darauf sei der Mann geflüchtet – auf Rollschuhen und ohne einen Rappen erbeutet zu haben, wie die Kantonspolizei mitteilte. (SDA)

### Brand **Öl-Kübel auf heisser Herdplatte**

Bei einem Küchenbrand im Restaurant Bahnhof in Brenzikofen ist am Dienstagabend Sachschaden von 200 000 Franken entstanden. Jemand hatte einen Kübel mit Speiseöl auf einer heissen Herdplatte stehen lassen. (SDA)

# Energieausweis, subito

**Standesinitiative** Grosser Rat wird beim Bund vorstellig

Der Kanton Bern setzt sich beim Bund mit einer Standesinitiative für eine stärkere Förderung der Energieeffizienz ein. Die Standesinitiative gefordert hatte Ruedi Käser (SP/Meienried). Der Kanton Bern solle den Bund zur Einführung eines «Energieausweises» für Gebäude auffordern. Zudem soll der Bund dafür sorgen, dass im Handel nur noch Geräte und Fahrzeuge mit hoher Energieeffizienz angeboten werden dürfen.

In ihrer schriftlichen Antwort hatte die Regierung dem Anliegen eine Absage erteilt. Sie teilte zwar Käsers Anliegen, zuerst müssten aber die zahlreichen Aktivitäten und Gesetzesrevisionen im Energiebereich auf Bundesebene abgewartet werden. Die Wirkung einer Standesinitiative sei vor diesem Hintergrund gering.

Vor dem Rat relativierte Energiedirektorin Barbara Egger (SP): Nach dem Entscheid der bürgerlichen Ratsmehrheit vom Dienstag, das kantonale Energiegesetz auf die lange Bank zu schieben und die Gesetzesrevisionen beim Bund abzuwarten, erachte sie die parlamentarische Initiative als sinnvoll (vergleiche gestrige Ausgabe). Einzelne freisinnige Grossräte liessen sich davon überzeugen und stimmten für das Anliegen: Die einzelnen Punkte der Motion wurden mit zwei beziehungsweise drei Stimmen Unterschied überwiesen, gegen die meisten bürgerlichen Stimmen.

### Tiefere Wasserzinsen für Kleinkraftwerke

Der Rat entschied zudem, die Wasserzinsen für kleine Wasserkraftwerke zu senken. Eine entsprechende Forderung von Erich von Siebenthal (SVP/Gstaad) überwies er mit 73 zu 60 Stimmen. Die Wasserzinsen steigen damit für Anlagen zwischen einem und 10 Megawatt neu linear an, von Null auf das Maximum von 80 Franken pro Kilowatt; bisher wurde durchgehend das Maximum verlangt. Der Entscheid hat laut Energiedirektorin Barbara Egger Mindereinnahmen von 1,8 Millionen Franken pro Jahr zur Folge.

Aufgrund eines Vorstosses von Niklaus Gfeller (EVP/Rüfenacht)verpflichtete der Rat die Regierung zudem zur Ausarbeitung einer Studie zur Stromproduktion mit Wasserkraft. Sie soll die Erweiterungsmöglichkeiten der bestehenden Kraftwerke untersuchen und aufzeigen, wo weitere Werke gebaut werden könnten. (SDA)

# Kein Kinderblut an Randsteinen

**Beschaffungsverfahren** Ein Soziallabel ist vorstellbar

Auch im Kanton Bern sind bei Strassenbauten möglicherweise Rand- und Pflastersteine aus Kinderarbeit in Asien benutzt worden. Auf Anregung von Monika Barth (parteilos/Biel) prüft die Regierung nun Änderungen im Beschaffungsverfahren.

Die Einführung einer Deklarationspflicht der Herkunfts- oder Produktionsbedingungen sei zwar möglich, schrieb die Regierung in ihrer schriftlichen Antwort. Bei Rand- und Pflastersteinen sei sie aber nur schwer durchsetzbar. Als Ursprungsland gelte jenes der letzten Be- oder Verarbeitung der Waren, die Steine könnten damit als «Made in Europe» deklariert werden.

Als langfristigen Lösungsansatz bezeichnete die Regierung die Einführung eines Soziallabels, dies sei jedoch primär Sache der Privatwirtschaft. Sie zeigte sich bereit zu prüfen, ob in den Beschaffungsverfahren Anreize zur Verwendung von Rand- und Pflastersteinen aus sozialverträglicher Produktion geschaffen werden können. Der Grosse Rat unterstützte dieses Vorgehen und überwies das Postulat. (SDA)

# Es wird teurer

**Strafrichter** Grössere Kompetenzen

Die Kompetenz des Strafmandatsrichters im Kanton Bern wird von 30 auf 90 Tage erhöht. Diese Änderung im Gesetz über das Strafverfahren hat der Grosse Rat gestern mit nur einer Gegenstimme beschlossen.

Die Erhöhung der Strafmandatskompetenz führt dazu, dass im Strafmandatsverfahren aufwändigere Verfahren durchgeführt werden müssen. Das Parlament beschloss deshalb auch eine Erhöhung der Gebühren in Strafsachen, sie werden mehr als verdoppelt von heute maximal 200 auf neu maximal 500 Taxpunkte.

Die Änderungen stehen im Zusammenhang mit der Inkraftsetzung des revidierten Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches, mit welcher die Strafzumessungsrichtlinien vereinheitlicht werden. (SDA)